

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

DIE ABRÜSTUNGSGESPRÄCHE AUF DEM TOTEN PUNKT

Waffen sind Symptome, nicht Ursachen. Solange der kalte Krieg andauert und die beiden Machtblöcke sich mit Mißtrauen gegenüberstehen, wird es schwierig sein, sich gemeinsam auf praktische Maßnahmen für die Einstellung des Wettrüstens und die Errichtung eines internationalen Systems der Kontrolle und der Inspektion zu einigen. Die Tagung des *Abrüstungskomitees der UN*, in dem 18 Nationen vertreten sind, demonstriert diese bittere und beunruhigende Tatsache seit Mitte März. Wieder einmal ist Genf Schauplatz einer Abrüstungskonferenz, die sich, woran skeptische Beobachter erinnern, in den letzten Jahrzehnten stets als aussichtslose Unternehmen und Fehlschläge erwiesen haben.

Die Konferenz hatte ein *Vorspiel*: Auf westliche Initiative hin sollte die Tagung der Abrüstungskonferenz mit einer Außenministerkonferenz der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens eingeleitet werden. Chruschtschew versuchte das Außenministertreffen in eine *Gipfelkonferenz* aller 18 Regierungschefs zu verwandeln; doch die Mehrzahl der Teilnehmer lehnte dieses Manöver ab. Trotzdem erhielt die Abrüstungskonferenz durch die Teilnahme der Außenminister der beteiligten Staaten ein starkes Gewicht, und in zahllosen *bilateralen Gesprächen*, die außerhalb des Konferenzsaales stattfanden, wurden Versuche gemacht, andere internationale Streitfragen, wie die Berlinkrise und Konflikte in Südostasien zu entschärfen und einer Lösung entgegenzuführen. Ohne politische Entspannung läßt sich kein Abrüsten denken; darum kann sich jede örtliche Beruhigung auch auf den Gang der internationalen Diskussion auswirken. Darum ist auch die Ansetzung einer Gipfelkonferenz nicht ad acta gelegt. Macmillan ist viel eher bereit da-

zu als Kennedy, und Verschärfung wie Entspannung können dazu beitragen, daß die Frist bis zu einer Zusammenkunft der Regierungschefs der Großmächte noch kürzer wird.

Die internationale Kontrolle als Haupthindernis

Amerika und seine Alliierten haben stets am Grundsatz festgehalten, daß nur eine Abrüstung in sorgfältig vorbereiteten *Etappen* verwirklicht werden könne; bei jedem Schritt ließe sich auch das politische Mißtrauen und die Zahl der Streitpunkte reduzieren. So sehen die Vorschläge Staatssekretär *Rusks* folgende Maßnahmen vor: Einstellung der Fabrikation von spaltbarem Material; Herabsetzung der Zahl der Träger von Nuklearwaffen; Übertragung von 50 Tonnen U²³⁵ für friedliche Zwecke; generelle Herabsetzung der nuklearen und konventionellen Streitkräfte um 30 Prozent, durch die das Gleichgewicht der Kräfte nicht gestört werden dürfte. Für all diese Maßnahmen müßte ein adäquates internationales Kontrollsystem bestehen. Die *Sowjetunion* ihrerseits besteht auf einem sofortigen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung und auf einer sofortigen Einstellung aller Kernwaffenversuche — ohne zu angemessenen Kontrollen bereit zu sein — und auf einer Aufhebung aller ausländischen Militärstützpunkte.

Im Laufe der Verhandlungen hat es sich immer deutlicher gezeigt, daß die Frage der *internationalen Kontrolle* das Haupthindernis einer west-östlichen Annäherung darstellt. Auf westlicher Seite erklärt man, daß bei einem Moratorium für Nuklearversuche ein internationales Inspektions- und Kontrollsystem notwendig sei. Aus großer Entfer-

nung sei nicht auszumachen, ob es sich um eine unterirdische Nuklearexplosion oder ein Erdbeben handle; Verifikationen an Ort und Stelle könnten einzig Gewißheit schaffen. Diese Aufgabe nationalen Teams zu überlassen, komme aber einer Selbstinspektion gleich. Seit den sowjetischen Tests vom letzten Jahr stellt sich zudem die Frage, ob während eines Moratoriums nicht auch die Vorbereitungen für Versuche aufgedeckt werden müßten. Von westlicher Seite wird daran erinnert, daß der Westen in zahllosen Sitzungen der Genfer Dreimächtekonferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche mit den Sowjets über die Anzahl und die Zusammensetzung der internationalen Inspektionsteams diskutierte, die auf sowjetischem Territorium ihre Aufgaben erfüllen sollten. Erst letztes Jahr kam es zum entscheidenden Rückzug: jede internationale Kontrolle wurde nun als Versuch zur westlichen Spionage bezeichnet. Chruschtschew behauptete in seiner Note vom 13. 4. an Macmillan und Kennedy: «Sie möchten zu dem, was Sie schon besitzen — zu den Militärstützpunkten und den an den Grenzen der Sowjetunion stationierten Truppen — auch noch unsere Genehmigung, ungehindert in unserem Lande Spionage zu treiben» (NZZ, 15. 4. 1962, Nr. 1508).

Der Schatten des unüberbrückbaren Gegensatzes in der Kontrollfrage legte sich auf die ganze Genfer Konferenz. Vermittlungsversuche der neutralistischen Staaten schlugen bis jetzt fehl, weil auch die meisten von ihnen ein Minimum an internationaler Kontrolle für angebracht halten. Die Konferenz hat bis heute den toten Punkt nicht überwunden. Auch der sowjetische Abrüstungsplan mit seinem gefährlichen «Vorschußabkommen» bleibt unannehmbar, und Vorschläge wie jene über das Verbot der Kriegspropaganda waren noch offenkundiger rein propagandistischer Natur.

Kennedys schwerer Entscheid

Aus dem heutigen *Stand der Nuklearrüstung* läßt sich das intransigente Verhalten der Sowjets erklären. Bekanntlich brach Chruschtschew letzten Herbst mit einer Reihe von

Kernwaffenversuchen auf der Insel Nowaja Semlja das freiwillige Versuchsmoratorium zwischen den Atommächten und verursachte damit auch den Kollaps der Genfer Kernwaffenkonferenz. Diese einseitige Aktion brachte Präsident Kennedy in eine schwierige Lage. Nach Prüfung der militärischen und politischen Faktoren gab der Präsident Anfang März bekannt, daß die USA die *Kernwaffenversuche in der Atmosphäre* wieder aufnehmen würden, wenn die Sowjetunion nicht bereit sei, bis Ende April einen Vertrag über ein kontrolliertes Testmoratorium zu schließen. Nachdem die ersten Wochen der Genfer Abrüstungskonferenz zeigten, daß man nicht aus der Sackgasse komme, richteten *Kennedy* und *Macmillan* am 10. 4. einen Appell an Chruschtschew, in dem wiederum die Frage der internationalen Kontrolle im Zentrum stand; die Möglichkeit eines angemessenen Kontrollsystems sei für das gegenseitige Vertrauen von ausschlaggebender Bedeutung. Der Appell sollte aller Welt demonstrieren, daß die sowjetische Ablehnung jeder Art von internationaler Verifizierung seismischer Ereignisse die Wiederaufnahme amerikanischer Kernwaffenversuche notwendig mache. In der gleichen Woche antwortete *Chruschtschew* scharf ablehnend mit der Note, aus der wir bereits zitiert haben. Der britisch-amerikanische Appell komme in seiner Wirkung einem Ultimatum gleich, das folgendermaßen laute: «Laßt unsere Geheimdienste herein, oder die USA werden eine Serie von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre ausführen.»

Wie die Haltung der Sowjetdelegierten in Genf, bestätigt auch diese Antwort Chruschtschews, daß der Kreml an einem Abkommen über ein kontrolliertes Kernwaffenmoratorium gar nicht interessiert ist; man bereitet dort offenbar aus militärischen Erwägungen eine *neue Testserie* vor, die durchgeführt werden soll, sobald die USA mit ihren Tests einsetzen. Moskau wird dann erklären, daß die Wiederaufnahme der Versuche durch die USA zu eigenen Versuchen zwingt — die Schuld an dieser *neuen Spirale nuklearen Wettrüstens* soll den Amerikanern in die Schuhe geschoben werden. Die blockfreien Staaten werden ihrer Entrüstung und

ihrer tiefen Besorgnis über die neuen Explosionen und den damit verbundenen radioaktiven Ausfall Ausdruck geben, obwohl viele von ihnen insgeheim froh sein werden, wenn das strategische Gleichgewicht nicht zugunsten der Sowjets verschoben wird. Diese Situation ergibt für den Fortgang der Genfer Abrüstungsgespräche im Augenblick kaum eine günstige Prognose.

Fragwürdige Entspannung in Berlin

In den Außenministertgesprächen am Rande der Genfer Konferenz spielte die Berlinfrage eine wichtige Rolle. Spektakuläre Fortschritte wurden nicht erzielt. Allmählich sickerten aber Nachrichten durch, nach denen, im Hinblick auf die neue Runde der *amerikanisch-sowjetischen Botschaftergespräche*, ein *Modus vivendi* für die exponierte Stadt gesucht wird, verbunden mit beidseitigen *Konzessionen*. Während der militärische Wettlauf im Zeichen der Kernwaffenexplosionen sich verschärft und erneut bedrohlichen Charakter annimmt, scheint die Sowjetunion in Berlin die Hand zu einer *kleinen Entspannung* zu reichen, die ihr selber nicht teuer zu stehen kommt. Die Einstellung der Störflüge sowjetischer Militärflugzeuge in den Luftkorridoren nach Berlin und die Beilegung des Streits um die Militärmissionen in Potsdam und Frankfurt am Main bildeten die Vorbereitung dazu.

Die *Abberufung General Clays*, des Sonderbotschafters Kennedys in Westberlin, hat die neue Entwicklung am deutlichsten und für die Berliner in beunruhigendster Weise illustriert. Clay, der fast legendäre Verteidiger Berlins im Blockadewinter 1948/49, war von Kennedy nach Berlin entsandt worden, um die Rückwirkungen der Mauer Ulbrichts auf die Westberliner, aber auch auf die Amerikaner aufzufangen. Die dynamische Weise jedoch, in welcher der General an der Sperrmauer in der Friedrichstraße und an anderen neuralgischen Punkten die Position Westberlins zu verteidigen versuchte, stieß nicht nur bei den Alliierten der USA auf Widerspruch, sondern erschien auch Kennedy und seinen Beratern als zu riskant. Man engte den Aktionskreis des Abgesandten ein, des-

sen unklar umschriebene Kompetenzen oft Anlaß zu Mißhelligkeiten und Reibereien gegeben hatten. Mit der sich abzeichnenden Entspannung um Berlin sah Clay den Moment für gekommen, von seinem Amt zurückzutreten, ohne dadurch zu große psychologische Rückwirkungen auszulösen. Auf der Ostseite der Mauer nahm man die Abreise des Generals mit Erleichterung zur Kenntnis, der für die Kommunisten ein unberechenbares Moment in der amerikanischen Berlinpolitik darstellte.

Pompidou ersetzt Debré

An der Genfer Abrüstungskonferenz blieb der Stuhl Frankreichs leer. Für de Gaulle ist jedes Verhandeln angesichts der Berliner Situation und der Drohungen Chruschtschews ein Zeichen der Schwäche. Zudem war und ist Frankreich noch durch die Lösung des *Algerienkonflikts* in Anspruch genommen, der mit dem Waffenstillstand, mit dem erfolgreichen Kampf gegen den OAS-Terror und der Einsetzung einer provisorischen Exekutive in Algerien immer näher rückt. Auch das Todesurteil gegen den OAS-Chef in Oran, den Luftwaffengeneral *Joubaud*, unterstreicht diese fortschreitende Liquidierung der OAS-Bewegung.

Nach dem *Plebiszit* vom 8. 4., das de Gaulle eine große Mehrheit brachte, erteilte Premierminister Debré dem General den Rat, die Nationalversammlung aufzulösen und in fünf oder sechs Wochen *Neuwahlen* auszuschreiben. Für den Fall einer Ablehnung bot er seinen Rücktritt an. Einige Tage darauf gab der Präsident die Ablehnung dieses Vorschlags bekannt. Neuwahlen würden zu sehr politische Kämpfe und die parlamentarische Demokratie in den Mittelpunkt rücken; daran liegt ihm aber gar nichts. Mitte April wurde Debré durch *Georges Pompidou* abgelöst, einen alten Mitarbeiter de Gaulles, Wirtschaftsdiplomate und zuletzt Direktor der Bank Rothschild. Pompidou gehörte nicht dem Parlament an; damit wird de Gaulles Herrschaft noch deutlicher als *Präsidentialregime* charakterisiert. Im Kabinett hingegen sind die Volksrepublikaner (MRP) durch zwei zusätzliche Minister vertreten,

nämlich *Pfimlin* und *Maurice Schumann*; das MRP ist so stärker engagiert, während es de Gaulle nicht gelang, die Radikalen zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Schlüsselpositionen sind, außer dem Wechsel an der

Spitze, in den gleichen Händen geblieben; mit diesem Team wird de Gaulle den eigenwilligen Kurs seiner Europapolitik wie seiner Politik im West-Ost-Konflikt fortführen.

Picus

AUF DEM WEG ZUM NEUEN ALGERIEN

Der große Schritt

Am 18. März wurde zwischen Frankreich und der provisorischen algerischen Regierung der Waffenstillstand unterzeichnet. Dieses historische Ereignis sollte den Ausgangspunkt für die Rückkehr zum Frieden bezeichnen. Doch zerstreut der Optimismus der Offiziellen und die Genugtuung der Weltöffentlichkeit nicht die Sorgen, die bei vielen wach bleiben, im Hinblick auf die Anwendung der Verträge von Evian, zu denen sich die Franzosen beim Referendum vom 8. April zu äußern hatten. Zur gleichen Zeit wurde von ihnen verlangt, die Politik der Regierung zu billigen und dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, das der Präsident der Republik forderte. Die nahezu einstimmige Annahme der Verträge geht indes Hand in Hand mit einer ausdrücklichen Opposition gegen die Vollmachten, eine Gegnerschaft, die keine Möglichkeit hatte, sich zu äußern, ließ die Abstimmung doch nur eine Antwort auf beide gestellten Fragen zu, was der Bedeutung des Urnengangs etwas seltsam Doppeldeutiges gibt.

Es ist eine Tatsache, daß der Wunsch des Mutterlandes, das algerische Problem endgültig zu regeln, über alle anderen Erwägungen eine gewaltige Mehrheit davongetragen hat, vorab über die von vielen Franzosen geteilte Befürchtung, ein Regime neuer Art heraufziehen zu sehen: eine unverantwortliche, cäsarische Präsidialregierungsmacht.

Der Entscheid der Sowjetunion und ihrer tschechischen und rumänischen Satelliten, die provisorische Regierung unverzüglich öffentlich *de jure* anzuerkennen, wurde in Pariser politischen Kreisen als verfrüht an-

gesehen. Er erscheint um so unhaltbarer als die provisorische Regierung sich an das in Evian festgelegte Vorgehen hält und mit Frankreich zusammen für die Übergangsperiode eine gemeinsame Exekutive gebildet hat. Mit ihrer Voreiligkeit scheint die sowjetische Regierung auf das Bestehen der Verträge keinerlei Rücksicht zu nehmen und den beidseits anerkannten Grundsatz der Selbstbestimmung gering anzuschlagen. Ein ärgerlicher Hinweis für die Zukunft. Man kann daraus ablesen, daß eine allfällige maghrebinische Föderation, die eines Tages Algerien, Tunesien und Marokko umfassen könnte, was der Natur der Dinge nach denkbar scheint, unter Moskaus Einfluß geraten könnte, das, wie man weiß, für seine Mittelmeerabsichten an der Bildung eines Groß-Maghrebs sehr interessiert ist.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Besuch von Marschall Malinowsky in Rabat und sein Angebot zur Lieferung mehrerer russischer Unterseeboote (die den Bau eines Marinestützpunktes an der marokkanischen Küste in nächster Zukunft mit sich brächte) eine besondere Bedeutung. Heute sind Ben Kheddas Erklärungen, die Algerien ein auf der «Volkspartei» begründetes totalitäres Regime versprechen, bereits aufschlußreich. Ebenso die von *El Moudjahid*, dem Regierungsorgan ausgegebene Losung: «Nun ist es angebracht, in den Massen ein revolutionäres Bewußtsein zu wecken.» Beachtung verdient auch, daß der «aktive Neutralismus» und das Versprechen zukünftiger Nationalisierungen auf dem Programm der Wortführer des Algeriens von morgen stehen. Nur mit viel Optimismus kann man sich über die inneren und internationalen

Tendenzen, die auf die Politik des neuen algerischen Staates Einfluß nehmen werden, Illusionen hingeben. Es ist glaubwürdig, daß Rußland hier eine vorherrschende Rolle spielen wird. Doch zeigt der Rückruf der gegenseitigen Botschafter aus Paris und Moskau, daß selbst die besten und verdienstvollsten Diplomaten nicht vor dem Argwohn der Staatschefs sicher sind, die sie vertreten.

Frankreichs europäische Freunde haben sich oft gewundert, daß das Algerienproblem nicht schneller und auf weniger kostspielige Weise gelöst wurde. Sie haben auch die Frage gestellt, weshalb Frankreich so verbissen diesen letzten «Überrest des Kolonialismus», wie man sagt, verteidigt habe, während es den dreizehn Republiken des schwarzen Afrikas und Madagaskar so leichten Herzens die Unabhängigkeit zugestanden. Hat man vergessen, daß sowohl der europäischen wie der muselmanischen Bevölkerung Algeriens feierlich versprochen worden war, sie werde, was auch immer geschehe, Franzosen «zu vollen Teilen» bleiben? Nun sind diese Franzosen in Algerien durch Spezialerlaß des Stimmrechts beim Referendum, das über ihr Schicksal entschied, beraubt worden. Man muß ihre Verwirrung und Enttäuschung begreifen, denn ihre Tragödie ist grausam. Sie besteht vielleicht auch aus einem Gutteil Illusionen und zweifellos aus einem zutiefst verletzten Nationalgefühl. Viele unter ihnen sind Elsässer, die 1871 für Frankreich optierten und darauf in Algerien Wurzel faßten, ihrer Wahlheimat, die sie nicht verlassen wollen. Doch hat die OAS, durch ihren Angriff auf die Armee, ihr eigenes Todesurteil ausgesprochen. Sie hat zwischen sich und den Algerienfranzosen einen Graben aufgerissen. Sie entfesselt heute eine so wohlverdiente Entrüstung, daß ihre verheerende Wirkung den Vollzug der algerischen Unabhängigkeit in der wünschbaren Zusammenarbeit mit Frankreich zu verhindern droht.

Die Widersprüche der Macht

Die letzten Parlamentsdebatten haben dieser Beunruhigung, um nicht zu sagen Beängsti-

gung, Ausdruck verliehen. Die Regierung hat deutlich gezeigt, daß ein entscheidender Abschnitt angebrochen ist. Nach den überzeugenden Darlegungen von Louis Joxe erscheinen die Bedingungen, die das Ergebnis in Evian ermöglichten, günstiger als man zu hoffen wagte. Für die Ausweichmanöver der Regierung verantwortlich gemacht, wurde Debré von den Rednern, die sich auf der Tribüne ablösten, grausam ins Gebet genommen. Sie warfen ihm aufs neue seine Widersprüche vor. Man verfehlte nicht, ihm vorzurechnen, was er mit Vehemenz gesagt, angeprangert und verurteilt hatte, als er, ein nationalistischer, ausgabefeindlicher Abgeordneter, mit rächender Feder die «Briefe des Zorns» verfaßte.

Konnte man auf anderem Weg schneller und mit weniger Kosten zum gleichen Resultat gelangen? Es ist zwecklos, die Vergangenheit anzuschwärzen, doch ist es ohne Zweifel nicht nutzlos, die Etappen in Erinnerung zu rufen, die von der «Algérie française» (1958) zur algerischen Unabhängigkeit geführt haben, um das vollbrachte Werk abzuschätzen. Während den sieben Jahren und vier Monaten des Krieges fehlte es nicht an französischen Sendboten bei den Vertretern des FLN in Kairo, Belgrad, Rabat, Tunis und Rom. Alle Regierungschefs, die mit dem Algerienkrieg zu tun hatten, suchten Kontakte herbeizuführen und Geheimsondierungen bei den Leitern der Aufständischen vorzunehmen. Sie wurden jedoch von den Rebellen immer unnachsichtiger abgewiesen.

General de Gaulles Rückkehr zur Macht änderte diesen Zustand nicht sogleich. In seiner Rede in Oran vom 6. Juni 1958 nährte er selbst noch die Hoffnung auf ein französisches Algerien. «In Algerien, sagte er, soll es nichts anderes als zehn Millionen Franzosen und Französinen geben, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Es geht darum, daß bei dem großen Anlaß des kommenden Referendums ganz Algerien, sagen wir es abermals, mit ganzem Herzen daran teilnehme, mit dem Willen, dadurch zu beweisen, daß es heute und für immer organisch ein französisches Land ist.»

Am 4. November 1960 kündigte der Staatschef zum ersten Mal an, daß «Algerien

seine Regierung, seine Einrichtungen, seine Gesetze» haben werde, dann spricht er das explosive Wort der «algerischen Republik» aus. Am 11. April des folgenden Jahres versichert er, Algerien werde ein «souveräner Staat nach innen und außen unabhängig» sein, zugleich anerkennt er den algerischen Charakter der Sahara an. Der Putsch der Generäle, diese Revolte wagemutiger, aber kurzsichtiger Männer, war die Antwort auf diese Worte, die die gesamte Armee konsterniert hatten, fühlten sich doch die angesehensten Führer in ihrer Bürger- und Soldatenehre gekränkt. Nach sieben Jahren hat die Vernunft über das Gefühl obenausgeschwungen, ist die politische Lösung beidseits akzeptiert.

Die Verbindung mit Frankreich, das heißt eine loyale Zusammenarbeit beider Länder, scheint nunmehr die notwendige Gegengabe zur Unabhängigkeit zu sein. Letztere ist im Mutterland nur noch von den unversöhnlichen Gegnern, den naturgegebenen Verleumdern bestritten. Die Opposition der Parteien, die sich nicht geschlagen gibt, zielt übrigens mehr auf das Regime ab und die Sondervollmachten, die es sich ohne Parlamentsbefragung zugestanden hat, als auf die bereits in Kraft gesetzten Verträge. So drückte es Edmond Barrachin, der Wortführer der Unabhängigen im Senat, aus: «Wie alle Franzosen haben wir mit Erleichterung und Hoffnung die Nachricht vom Waffenstillstand in Algerien vernommen. Heute jedoch verlangt man von uns, Frieden mit persönlicher Machtvollkommenheit zu verwechseln, das ist ein Irrtum.» Das Land wird in der Tat nicht mit vollem Einverständnis den Grundsatz der ständigen Zufucht zum Referendum hinnehmen, welches das Repräsentativsystem aufhebt. War dies hinwiederum nicht gerade deshalb erfunden worden, um qualifizierte Vertreter in die Legislative abzuordnen, im allgemeinen Wahlgang bestimmte Deputierte und Senatoren. Das neue Verfahren bietet der Regierung vielleicht augenblickliche Vorteile, auf lange Sicht erscheint es nicht ohne schweren Schaden für die Nation.

Der Standpunkt des Parlaments

Dies ist die in politischen Kreisen allgemein verbreitete Meinung. Niemand hat sie mit mehr Würde dargelegt als Edgar Faure, der die Regierung beschwor, mit den Algerienfranzosen eine menschliche Sprache zu sprechen, die ihnen zu Herzen gehe und die sie allzu lange entbehrt haben. Faure versicherte, trotz der dramatischen Folge von Attentaten und Schießereien, die mit dem Waffenstillstand leider kein Ende gefunden haben, müsse man sich ihnen zuwenden, als den einzigen, die auf dem Boden Afrikas eine französisch-muselmanische Verbrüderung neu erstehen lassen könnten. Allein, die dem neuen Algerien zu leistende Hilfe, eine Fortsetzung der seit Jahren unternommenen Beistandsbestrebungen Frankreichs, darf nicht als Ablösung zugunsten eines sozialen Konservatismus sowie der Beibehaltung der großen Monopole erscheinen. Im Hinblick auf die Zukunft ist es besser, die Möglichkeit eines mit Frankreich verbundenen Algeriens auszuschöpfen, denn stets ist die Zusammenarbeit dem fruchtlosen Nachhängen einer verflissenen Zeit vorzuziehen.

General de Gaulles Stellung wird durch die Dankbarkeit des Landes für den Abschluß des Waffenstillstands verstärkt. Doch wenn sich auch Sozialisten, Radikale und Unabhängige über die Notwendigkeit einig sind, die algerische Selbständigkeit anzuerkennen, sind sie indes weit davon entfernt, für die allgemeine Politik der Regierung eintreten zu wollen. Das de Gaulle abgegebene «Ja» ist, ebenso wie dasjenige einer Vielzahl von Wählern, allein auf den Gegenstand des Referendums beschränkt. Es ist ein bedingtes «Ja», das die Verträge von Evian billigt, doch fest verurteilt, was Guy Mollet als «das Vorgehen, eine einzige Antwort auf zwei verschiedenartige Fragen zu verlangen» bezeichnet hat. Verschiedene Führer der Linken wie der Rechten sind beunruhigt über die unumschränkten Vollmachten, über die der General als Folge des Referendums verfügen wird, Vollmachten, die der Staatsrat in einem Gutachten vom 21. März als verfassungs- und gesetzwidrig erklärt hat.

Vor allem bedauert man, daß der Staats-

chef für gut befunden hat, der Volksbefragung vom 8. April einen persönlichen Anstrich von plebiszitärem Charakter zu geben. Er erzürnt das demokratische Gefühl der Franzosen. Hätte es sich nur um die Verträge von Evian gehandelt, hätte das Referendum Gelegenheit zur Äußerung nationaler Einmütigkeit geboten, über die sich jedermann gefreut hätte. Die hochmütige Unnachgiebigkeit der Regierung, der verachtungsvolle Ton, mit dem sie ihre Forderungen vorgebracht hat, lassen jedoch Zweifel über ihre Absichten bestehen, die einen Großteil der öffentlichen Meinung erschrecken. Im Augenblick, da von Neuwahlen, von Verfassungsänderung die Rede ist, da die Parteien ihre Waffen blank putzen, ist man nicht erstaunt darüber, daß der Wähler, bei allem Tadel über die Regierungsunbeständigkeit, die zum Zusammenbruch der IV. Republik geführt hat, die Respektierung der bedroht gesehenen Freiheiten verlangt. Viele wünschen, daß der Kriegsschluß in Algerien in Frankreich durch die Abschaffung der Ausnahme Gesetze und der Spezialgerichte, die ihr zuwiderlaufen, eine Rückkehr zur Demokratie zur Folge haben sollte.

Vorläufig bestätigt jeder Tag den Entschluß der OAS, um welchen Preis auch immer, die Offensive fortzusetzen. In Algier und Oran handelt es sich somit nicht mehr um Terrorismus, sondern um den Beginn eines Bürgerkrieges, da Franzosen nun auf Franzosen feuern. Das Drama Algeriens drängt fortan die Kämpfer der OAS in ein grausames Dilemma, in welches sie die europäische Bevölkerung mitzuziehen versuchen. Ihr Ziel ist klar: mit allen Mitteln die Anwendung der Verträge zu sabotieren. Nachdem sie deren Abschluß nicht verhindern konnten, bleibt ihnen nur übrig, die Armee auf ihre Seite zu ziehen, somit die muselmanischen Massen zu provozieren, indem sie im Maquis den Kampf gegen das FLN weiterführen. Die von der großen Mehrheit der Franzosen angenommene Wette von Evian wähnt die OAS mit den Europäern in Algerien noch umstoßen zu können, in der wahnwitzigen Hoffnung, das Kräfteverhältnis könnte sich zu ihrem Vorteil ändern. Würden die Bewohner der Vier-

tel von Bab-el-Oued und anderswo zu diesem Plan die Hand reichen, mag man auch ihr langes Martyrium während der sieben grausamen Kriegsjahre nicht vergessen, sie würden für alle Zukunft ihr Schicksal aufs Spiel setzen und ohne Zweifel auch dasjenige Frankreichs in Algerien. Was soll man andererseits von der Prüfung der Armee sagen, die die Aufgabe hat, die Wucht dieser Leidenschaft zu brechen und sich dazu nur um den Preis eines schrecklichen Gewissenskonfliktes entschließen kann. Die unumstößlichen Weisungen General de Gaulles an den Ministerpräsidenten, «den Aufstand mit allen Mitteln zu unterdrücken», lassen über seinen Willen, den Weg bis zum Ende zu gehen, keinen Zweifel offen. Die besten Köpfe, aufgewühlt vom Anblick so vieler Leiden und soviel Elends — das nach Ansicht einiger hätte vermieden werden können — vertrauen auf die Vernünftigkeit des Landes. Sie stimmen in dem Gedanken überein, daß keine geschichtliche Situation am Schluß nicht dem positiven Wirken von Männern guten Willens eine Chance gäbe.

Trotz allem Beständigkeit

Bei der Lektüre seiner Zeitung könnte ein Ausländer glauben, die Franzosen lebten unter dem Terror und würden von einem Augenblick zum andern der Gewalt eines Bürgerkrieges erliegen. In der Tat wird von nichts anderem gesprochen als von Ermordungen, Komplotten, Verhaftungen und Streiks, wenn nicht gar von Bomben, die an jeder Straßenecke von Unschuldigen Opfer fordern. Gleichzeitig erfährt der Franzose jedoch — wenn er nur im geringsten den äußeren Schein nicht mit der Wirklichkeit verwechselt —, daß Frankreichs wirtschaftliche Lage günstig ist, die Expansion auf hohem Niveau anhält und die Handelsbilanz trotz der schweren Opfer, die der Algerienkrieg dem Staatshaushalt auferlegt, mit dem Ausland sehr aktiv ist. Man stellt fest, daß die spürbare Ausgabenvermehrung bis heute der Staatskasse nicht geschadet hat. Dies Land, das einige am Rande des Untergangs sehen, gibt bemerkenswerte Zeichen von Vitalität zu erkennen. Die Sparkasseneinlagen belaufen sich dies Jahr auf 652 Millionen NF ge-

genüber 466 im Januar 1961, was einer Aufwärtsbewegung von 40% entspricht. Ein Volk, das vor dem Zusammenbruch steht, vertraut sein Geld nicht dem Staat an; es versteckt es wie einst im Wollstrumpf. Die konvertierbaren Gold- und Devisenbestände der Franc-Zone machen Ende April 3220,7 Millionen \$ aus, ein noch nie erreichter Betrag. Bedenkt man, daß während des düsteren Jahres 1957 diese Bestände auf einen Stand gefallen waren, der den Bankrott ankündigte: 60 Mill. \$, so ermißt man, welcher Weg seit her zum Vorteil Frankreichs zurückgelegt worden ist.

Im industriellen Sektor sind die Zahlen nicht weniger beredt. Wir erwähnen als Beispiel die Erdölförderung, die von 11 auf 19 Millionen Tonnen steigt, die Zementproduktion wächst um 9,5% von 14 auf 15,5 Millionen Tonnen. Der französische Preis dieses Rohstoffes ist der billigste aller europäischen Länder: 54 NF pro Tonne gegenüber 66,50 in Deutschland, 63 in England, 56 in Italien, 60 in der Schweiz. Die Automobilproduktion hat indessen im letzten Jahr etwas abgenommen: 1 244 000 Einheiten statt 1 370 000 im Jahre 1960. Aber man weiß, daß in den letzten Monaten ein neuer Auftrieb eingesetzt hat.

Diese nüchternen Zahlen zeigen deutlich, daß die französische Wirtschaft eine Politik monetärer Macht und Prosperität weiter verfolgen kann, vorausgesetzt natürlich, die politische Stabilität bleibe zugleich mit dem sozialen Frieden erhalten.

Die mögliche Übereinkunft

Wenn man auch keine unmittelbaren Auswirkungen der Verträge von Evian auf das wirtschaftliche Leben des Landes erwarten kann, kann man doch die Bedingungen zur französisch-algerischen Zusammenarbeit erkennen. Eine erste Feststellung: die provisorische Regierung, die zuvor kein Einverständnis mit den Ex-Kolonialherren für möglich hielt, spricht sich heute eifrig dafür aus. Gestern wies sie die «Assoziierungsabkommen» von sich, wie sie Frankreich mit den Republiken des schwarzen Afrikas geschlossen hat, heute unterzeichnet sie eine Übereinkunft, die zwischen den beiden Sei-

ten des Mittelmeeres viel engere Bande herstellt, als diejenigen, die Dakar oder Abidjan mit Frankreich verknüpfen. Mit anderen Worten, die Führer des FLN haben nachgegeben, und da die Politik die Kunst des Möglichen ist, hat sich die algerische Revolution den Forderungen eines Kompromisses unterzogen, der von den Unterhändlern in Evian sanktioniert wurde. Die Vorteile für Frankreich sind offenkundig. Im Maße, in dem es sich mit der algerischen Regierung in eine tatsächliche Zusammenarbeit einläßt, sind der Besitz der Algerienfranzosen und die finanziellen Interessen Frankreichs gewährleistet. Dazu kommt noch eine ebenso gebieterische Tatsache: die Bewahrung des algerischen Marktes, der in der französischen Wirtschaft mit ungefähr 55% der Ausfuhr eine Ausnahmestellung einnimmt. Frankreichs technische Hilfe wird die Verwirklichung wichtiger Arbeiten und die Ausbildung der muselmanischen Kader ermöglichen; beides ist für den neuen Staat unerlässlich.

Frankreich und Algerien haben demnach vielfältige Gründe zur Zusammenarbeit. So verstanden sollte die Entkolonisierung keinen Widerstand finden und kein Bedauern auslösen. Die Umformung, die in den letzten Jahren das schwarze Afrika erfahren hat, erwies sich für beide Parteien als vorteilhaft. Die Bewirtschaftung des afrikanischen Bodens und die tiefgehende Erneuerung, deren Zeuge wir auf einer kürzlichen Reise waren, laden uns zum Optimismus ein. Warum sollte, was im schwarzen Afrika mit so viel Erfolg unternommen wurde, im weißen Afrika nicht auch gut ausgehen? Die Werte des Westens werden in einem Teil des schwarzen Kontinents um so bereitwilliger anerkannt, als zwölf farbige Republiken im besten Einvernehmen mit Frankreich selbständig wurden. Es ist tröstlich, nach so viel Prüfungen und verflossenen Blut, so viel persönlichem Groll und so viel Enttäuschungen sich heute zu sagen, daß sich das neue Algerien mit dem ehemaligen Kolonialherren verbindet. Die ganze Welt wird sich hiezu beglückwünschen.

Jean de Saint-Chamant

Studio Basel brachte am Sonntag, den 17.12., eine literarische Sendung, die an sich eigentlich zu überzeugen vermochte. Die Gedichte, die man dem Hörer unter dem Titel «Immer neu ist die Welt» vortrug, ergriffen unsere Herzen. Die einleitenden Worte und der verbindende Text des Theologen und Dichters Kurt Marti allerdings schienen mir höchst fragwürdig zu sein. Ob der Herr Pfarrer in seine Predigten wohl auch so verschwenderisch Fremdwörter einstreut, wie er es hier getan! «Elementarer Faktor», «eminent», «gigantisch», «Banalität» und dergleichen mehr verleiht unserer Sprache gewiß keinen Glanz und Aussagen wie: «Augenblicke, wo uns... entgegentritt», sollte ein Dichter meiden. Auch die Wendung «Pflaumen aus dem Eisschrank stibitzen» dürfte er an einem feierlichen Sonntagmorgen (3. Advent) nicht verwenden, weil es sich bei «stibitzen» um einen familiären Ausdruck handelt. Im «hortulus» mag man solche Sprechweise schätzen, in unseren Studios dagegen... Was dem einen recht ist, ist dem andern noch lange nicht billig. Die Ausführungen Martis zum polnischen Friseur-Gedicht waren wohl aufschlußreich, kamen aber bei weitem nicht an das heran, was man in Ernst Jüngers «Abenteuerlichem Herzen» über Friseur-Geschäfte nachlesen kann. Bei Hugo von Hofmannsthal habe ich die Notiz gefunden: «Die Tiefe muß man verstecken. Wo? An der Oberfläche.» Leider hat Kominoth in den Ausführungen Kurt Martis nichts dergleichen gefunden.

Am 10. 1. wollte Studio Bern der Schriftstellerin Ida Röthlisberger ein Kränzchen winden und ließ aus diesem Grunde aus deren Bändchen «Das alte Haus am Wasser» vorlesen. Es scheint hierzulande leider so zu sein, daß, wer Gedrucktes vorweisen kann, auch beim Radio zu Ehren kommt. Und so geschah es denn, daß man uns für einmal wieder Ausschnitte einer wahrlich unbedeutenden Erzählung vermittelte. Mit «Schlichkeit» und «Wahrheit» allein bringt man es

im literarischen Bereich nicht mehr weit, zumindest wenn die Schlichtheit darin besteht, anstatt saftiger Verben die langweiligen Hilfszeitverben sein und haben zu verwenden. Sätze wie: «Das kleine Eckzimmer im ‚Schiffhaus‘ an der Sulgeneckstraße war nur einfach möbliert...» «Es hatte ein Fenster, das war, wie alle Fenster sind...» «Das Eckzimmer hatte aber...», solche Sätze wirken fade wie abgestandene Limonade, während man nicht umhin kann, der Autorin eine Konstruktion wie diese: «wenn die Brüder mir mittags nur ein Zipfelchen von der Wurst geben würden» — als falsch anzukreiden. Zudem kennt Ida Röthlisberger den Unterschied zwischen brauchen und gebrauchen nicht. Andernfalls unterließe sie es zu schreiben: «Das Geld, das so erspart wurde, könnten wir sehr gut brauchen und das Bett, in dem bisher die Frau geschlafen, auch.» Kein Wunder also, daß ich der Erzählung nichts abzugewinnen vermochte, wie denn auch Maria Ryffel, die Vorleserin, mit dem Text nicht viel anzufangen wußte; sonst nämlich hätte sie, das nehme ich an, dem blassen Kind doch wohl etwas mehr Leben eingehaucht. Kurzum, ich möchte, ein geistreiches Wort von Karl Kraus frei zitierend, Ida Röthlisberger, Studio Bern und Maria Ryffel zu bedenken geben: Es ist schwer, auf einer Glatze Locken zu drehen.

Zwei Sendungen von Studio Bern stachen mir ebenfalls in die Nase. In der Viertelstunde «Aus dem religiösen Zeitgeschehen», der «Protestantischen Umschau» (18. 1.), befaßte man sich vor allem mit der «Evangelischen Allianz» und vergaß — vielleicht aus Lokalpatriotismus — den 70. Geburtstag Martin Niemöllers und den 75. des berühmten deutschen Theologen Friedrich Gogarten zu erwähnen. Man komme mir nicht mit der Ausflucht, unsere Studios seien dem Personenkult abhold. Im Gegenteil. Bern gedachte sogar des 50. Todestages eines Dichters, der passé ist. Mit andern Worten: Manfred Gsteiger bemühte sich vergeblich, uns am

23. 1. den dänischen Schriftsteller Hermann Bang aufzuschwatzen, zumal da es sich Gsteiger leichter als leicht zu machen beliebte. Er ließ aus Bang vorlesen, zitierte Rychner und den von Walther Rehm philologisch erledigten Boehlich (siehe «Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte», Heft 1/1957), schrieb aus einer Literaturgeschichte ein paar Daten aus Bangs Leben ab, setzte uns also ein süßliches Tutti-frutti vor und meinte ohne Zweifel, unseren Erwartungen genügt zu haben. Ich bin da aber ganz anderer Meinung, derjenigen nämlich des Verwaltungsdirektors Carl, der vor dem «Radioparlament» zu sagen den Mut hatte: «Es ist wichtiger, hervorragende Kräfte gut zu bezahlen und sie dem Betrieb zu erhalten, als die knappen Mittel auf viele mittelmäßige Mitarbeiter zu verteilen.»

Der kritische Griffel und politische Sendungen

Am 23. 12. brachte Studio Bern eine Sendung, die den Titel trug «Mit kritischem Griffel». Mag sein, daß der Griffel kritisch war, der Kopf, der die Hand führte, war es auf alle Fälle nicht. Es scheint mir, wie den meisten Menschen hierzulande, unrecht, verantwortungslos zu sein, was Indien in Goa begangen hat. Indes halte ich es für noch verantwortungsloser, Indien vorzuwerfen — spielerisch, arabeskenhaft natürlich — in Goa habe es geschossen, bei den Chinesen dagegen — und so weiter. Angenommen: Indien würde gegen China einen Krieg führen! Was dann, Studio Bern, was dann? — Aber mehr noch: Herr Salzmann, der Leiter dieser Sendung, hat — hoffentlich täusche ich mich — für «Wissen» nicht viel übrig. So blieb denn auch die Frage nach der Herkunft des Tannenbaums unbeantwortet. Ich gestatte mir, hier des Rätsels Lösung zu verkünden, indem ich aus der herrlichen «Volkskunde der Schweiz» von Richard Weiß abschreibe: «Der Weihnachtsbaum als geschmückter Lichterbaum ist zuerst in den Briefen der Liselotte von der Pfalz für den Hannoverischen Hof der 1660er Jahre bezeugt. Durch Vermittlung der Höfe und der städtischen Oberschicht hat er sich im 18. Jahrhundert

allmählich verbreitet; er wurde erst im 19. Jahrhundert eigentlich volkstümlich. Wir haben es also mit einem gesunkenen Kulturgut zu tun. Der höfische Brauch ist jedoch selber aus volkstümlichen Ursprüngen oder Anregungen entstanden, aus winterlichem Lichterbrauch einerseits und aus dem Brauch, grüne Bäume oder Geschenk bäume aufzustellen andererseits.» Man schwieg sich leider auch darüber aus, was es denn mit dem Wort «auf keinen grünen Zweig kommen» für eine Bewandnis habe. Kominoths kritischer Griffel schreibt auch zu dieser Frage Studio Bern ins Stammbuch: «Aus Hiob 15, 32: und sein Zweig wird nicht grünen ist wahrscheinlich die Redensart entnommen: Auf keinen grünen Zweig kommen».

Summa summarum, das Fremdwort sei mir für einmal gestattet, ich will wissen, viel wissen, besonders weil ich weiß, daß der große Archäologe Ludwig Curtius kurz vor seinem Tode einem blutjungen Studentlein das schöne Wort mitgegeben hat: «Merken Sie sich, man sieht nur, was man weiß.»

Der von Alphons Matt geleiteten Sendung «Am runden Tisch», die Studio Zürich am 12. 1. ausstrahlte, möchte ich, wenn man so sagen darf, meine Reverenz erweisen, zumal da sich unsere Landsleute, Dr. Carl Doka von der «Pro Helvetia», Nationalrat Hermann Leuenberger und Stadtrat Dr. Sigmund Widmer meistens geschickt aus der Affäre zu ziehen vermochten. Anders herum: Sie wußten, oft mit entwaffnendem Humor, den mehr oder weniger peinlichen Fragen der Ausländer — man hatte Hans Joakim Schultz vom Dänischen Institut und Dr. Wolfram van den Wyenbergh von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ins Studio geladen — elegant zu begegnen. Was die beiden Herren an uns kritisierten, sind, will ich meinen, Unzulänglichkeiten des Lebens, derentwegen wir uns keine grauen Haare müssen wachsen lassen. Leider waren aber die Schweizer nicht immer gute Fürsprecher dessen, was der Däne und der Deutsche kritisierten. Ich zumindest möchte zum Beispiel bezweifeln, daß es in Dörfern möglich sei, Lehrer wegzuwählen, weil sie schlechte Zensuren erteilen und damit den elterlichen Zorn herausfordern. In solchen

Fällen — und daran haben die Eidgenossen am runden Tisch nicht gedacht — pflegt der Lehrerverein die Stellen zu sperren, und die betreffenden Dörfer müssen ohne die Leuchten der Weisheit auskommen. Ein schwieriges Unterfangen, will ich meinen, besonders wenn man bedenkt, daß die Lehrer sowieso ein Raritätsartikel geworden sind. Aber mehr noch: die Ausländer konnten sich mit der Tatsache nicht abfinden, daß wir auch in Belangen der Kunst abstimmen können, wenn wir dies wollen. Man suchte den Kritikern diese Besonderheit ebenfalls mundgerecht zu machen — allerdings mit in Watte eingehüllten Argumenten. Kominoth nimmt für einmal kein Blatt vor den Mund und erklärt zu diesem Problem: Wer bezahlt — befiehlt. Und Steuern müssen wir doch wohl alle bezahlen. Frei sein, überall frei — ist überdies wichtiger als Kunst. Außerdem möchte ich behaupten, Freiheit und Wahrheit seien Geschwister. Und da muß man denn wissen: «Die Wahrheit hat ein schönes Angesicht, aber zerrissene Kleider.» Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird es stets möglich sein, uns Details unter die Nase zu reiben, die nicht gerade angenehm duften.

Am 9. 3. war es wiederum das Studio Zürich, das mit einer interessanten politischen Sendung aufwartete, in der Alphons Matt authentische Aussagen Walter Hallsteins, des Präsidenten der Europäischen Wirtschaftskommission, und Ludwig Erhards, des Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers, über den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas zusammen- und mitunter auch einander entgegenstellte. Den beiden Deutschen, das steht außer Zweifel, ist die Schweiz sympathisch, wiewohl der eine etwas kleinlich, der andere aber ziemlich großzügig zu sein scheint. Hallstein, ein Wort-Jongleur sondergleichen, kuppelte die Integration der Schweiz mit der Preisgabe unserer Neutralität, weil nach seiner Meinung die herrliche Zeit ewigen innereuropäischen Friedens angebrochen sei. Wenn das Wort «ewig» fällt, wird man hierzulande allerdings sehr nüchtern und versteht zudem nicht, warum man sich der Neutralität entschlagen soll, auch wenn Frieden herrscht. Für Hallstein fiel, wie gesagt, dieser Tatbe-

stand nicht ins Gewicht. Erhard dagegen scheint für unsere außenpolitische Haltung Verständnis aufzubringen: er focht nicht mit Hallsteins Wenn und Aber, sondern wies auf den Artikel 238 des Rom-Vertrages hin, jenes Artikels, der besagt, es sei auch den Neutralen möglich, der EWG beizutreten. Aber mehr noch: der deutsche Bundeswirtschaftsminister bekannte sich gleichsam zu unserer Neutralität und erklärte — anders als Hallstein mit gesteiftem Zeigefinger —, sie sei weder Schuld noch Schande und könne deshalb gar nicht bestraft werden. Mir scheint, Erhard habe begriffen, was Chefredaktor Bretscher in der Neuen Zürcher Zeitung zu bedenken gab: daß nämlich bei einem Beitritt der Neutralen zur EWG jene nicht nur «Empfangende», sondern auch «Gebende» seien. Alles in allem genommen, bin ich der Ansicht, Erhard kenne das bedeutsame Wort, dem Hallstein gewiß noch nicht begegnet ist: «Wenn ich mir die Nase abschneide, so beschimpfe ich selbst mein Gesicht.»

Frauenstunde

Am 17. 1. begann Radio Bern einen Zyklus, der den Titel trägt «Aus der Kindheit her». Helene Stucki verfaßte das Manuskript und stellte uns die Dichter und Schriftsteller vor, deren früheste Erlebnisse sie für bedeutsam hält. Fünf Sprecher (warum eigentlich?) bemühten sich um dichterische Texte Hesses, Spittlers, Carossas, Maria Wasers, Eraths, Gorkis, Hebbels, um die Aufzeichnungen einer unbekannten und belanglosen Dame, die es, wie mir scheint, vor allem auf unsere Tränendrüsen abgesehen hat, um Ramuz und Jean Paul. Die Auswahl, möchte ich versichern, ist, wie schon angedeutet, anfechtbar: Erath dürfte mehr als ein sentimentaler und kitschiger Schriftsteller (in Anführungszeichen) nicht sein und Hesses Format nach dem Urteil von Ernst Robert Curtius («Kritische Essays zur europäischen Literatur») weniger groß, als es sich Helene Stucki vorstellt. Zudem scheue ich mich nicht, den verbindenden Text zu kritisieren. Er klappte, wenn man so sagen darf, oft und oft auseinander. Da stand, um nur ein Beispiel zu nen-

nen, der sentimentale «holde Schein» neben dem nüchternen und abgeschmackten Allerweltswort «zeitlebens». Die Autorin braucht uns auch nicht zu versichern, daß Ramuz, Hebbel und Fröbel «groß» seien; das wissen wir nämlich schon lange. Und was zu guter Letzt das Pädagogische anbetrifft, auf das diese Sendung doch wohl hinzielen wollte, so muß ich wiederum an Ernst Robert Curtius erinnern, bei dem irgendwo das weise Wort geschrieben steht: «Qui mange de la pédagogie, en meurt.»

Am 14. 2. beschäftigte sich Helene Stucki erneut mit dem Zyklus «Aus der Kindheit her». «Dichter sprechen von ihren Kinder- und Jugendtagen.» Die Sendung war im großen und ganzen höchst fragwürdig. Schon der Beginn der verbindenden Texte schien mir anfechtbar zu sein: «Das Kind», so lautete ungefähr die Erkenntnis, «ist Freiheit allein.» Das kam mir bekannt vor. Diese Weisheit, die großzügig als eigene ausgegeben wurde, ist denn auch ein Goldkorn Hölderlins, der in seinem «Hyperion» schreibt: «Daß man werden kann wie die Kinder, daß noch die goldene Zeit der Unschuld wiederkehrt, die Zeit des Friedens und der Freiheit, daß noch *eine* Freude ist, *eine* Ruhestätte auf Erden!» Und wie, so möchte ich fragen, kann man die sentimentale Rehlein- und Wehlein-Dichterin Maria Waser in einem Atemzug mit Gottfried Keller nennen? Kurzum, vom Geschmack der Helene Stucki halte ich nicht viel. Andernfalls würde sie nicht den Ausdruck «wissen um» verwenden, der «Aus dem Wörterbuch des Unmenschen» stammt, und es käme für sie die österreichische «Dichterin» nicht in Frage, die Verfasserin eines Machwerks, in dem eine Angela «tief und heiß geliebt» wird. Letztlich möchte man auch fragen, warum die Autorin Albert Schweitzer zu den Dichtern zählt! Er ist — Irrtum vorbehalten — Urwalddoktor, Nobelpreisträger, Bach-In-

terpret und Bachforscher und — leider auch — ostdeutscher Ehrendoktor.

Am 14. 3. strahlte Radio Bern wiederum eine Sendung von Helene Stucki, «Aus der Kindheit her. Dichter sprechen von ihren Kinder- und Jugendtagen», aus. Die Autorin traf dabei eine höchst konservative Auswahl, denn Helene Böhlau nimmt niemand mehr ernst, und Isolde Kurz dürfte doch wohl der Vergangenheit angehören. Zudem geht es nicht an, sie gleichzeitig mit Thomas Mann und Friedrich Hebbel zu nennen. Fröbel halte ich zudem für einen Pädagogen, nicht für einen Dichter. Und was Martin Heidegger anbetrifft, so scheint es mir unmöglich zu sein, diesen Philosophen nur mit einem Stichwort zu erwähnen. Für ihn nämlich ist die Ausdeutung der Angst ein zentrales Anliegen, auf das einzugehen der Kenner seiner Philosophie nicht umhin kann. Dies sei hier denn auch nachgeholt: «Die Grundbefindlichkeit der Angst als *eine* ausgezeichnete Erschlossenheit des Daseins.» «In der Angst, die nicht mit der Furcht verwechselt werden darf, versinkt die Welt, worin das Dasein alltäglich existiert, in der Unbedeutsamkeit. In der Nichtigkeit des Besorgbaren enthüllt sich die Unmöglichkeit des Sichertwerfens auf ein Seinkönnen, das sich primär auf das Besorgen gründet...» Zugleich möchte ich Helene Stucki fragen, wann sie eigentlich die Kinder- und Jugendtage der zeitgenössischen Dichter zu entdecken gewillt ist: Wilhelm Lehmanns «Mühe des Anfangs» etwa, «Der Knabe im Brunnen» von Stefan Andres oder Erich Frieds «Ein Soldat und ein Mädchen»? Und warum hat die Referentin nie Friedrich Huchs «Mao» erwähnt, jenes herrliche Buch, in dem «mit der Intuition des Dichterischen die verschlungenen Wege» aufgedeckt werden, «die ein junges Menschenkind durch Irrungen und Wirrungen seiner Umgebung geht»?

Thomas Kominoth

Kaum für ein Land ist das geschichtliche Denken so wichtig in der Politik wie für unser Land, denn die Schweiz ist ja nicht sozusagen eine Naturgegebenheit der Geographie, des Volkstums, der Sprache. Wir sind das Produkt des Willens unserer Vorfahren, der durch sechs Jahrhunderte durchgehalten hat, ein Produkt des Geistes und des Willens.

Zum historischen Verständnis gehört, daß wir alle Dinge würdigen in ihrer besonderen Umgebung und Zeit, und nicht mit oberflächlichem, menschlichem Maßstab alles von unserer kleinen, winzigen Gegenwart aus beurteilen.

Historische Bildung ist besonders für diejenigen, die den Staat leiten, nötig; auch für die Presseleute.

Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, daß jeder Bürger selber ein gewisses Maß von Kenntnis der Landesgeschichte habe; aber nicht nur Kenntnis von einzelnen Daten und Schlachten, sondern daß ihm, wenn auch in bescheidenem Maße, aber echt und gut, etwas vermittelt wird vom historischen Sinn, der uns Distanz gibt von der unmittelbaren Gegenwart. Wie sollte selbst eine geschichtlich denkende Regierung richtig handeln können, wenn sie keine Resonanz für ihre Auffassung im Volke selbst hätte? Die Geschichte ist ein wesentlicher Faktor für das Verständnis der Politik und für die sichere und dauernde Leitung des Landes.

Max Huber